

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Baustopp am internationalen Flughafen Nijgadh

Anfang Dezember hat der Oberste Gerichtshof (SC) angeordnet, alle laufenden Arbeiten auf der Baustelle des geplanten internationalen Flughafens Nijgadh (NIA), einzustellen, einschließlich das Fällen von Bäumen. Das Gericht gab mit dieser Entscheidung einer Petition von Dwarikanath Dhungel, ehemaliger Sekretär des *Nijgadh Forest Preservation Committee*, sowie weiterer Kläger Recht. Die Klage richtete sich gegen mehrere Regierungsbehörden, so das Ministerium für Wald. Die Antragsteller monierten, dass für den Bau des Flughafens Millionen von Bäumen gefällt werden müssen, einige zwischen 500 bis 600 Jahre alt. Der Bau des geplanten Flughafens gilt als Bauprojekt höchster Priorität. Der Flughafen Nijgadh soll zu einem internationalen Drehkreuz ausgebaut werden. Geplant ist ein Umschlagplatz für Lufttransit in 22 benachbarte Länder mit einer Kapazität von rund 15 Millionen Fluggästen pro Jahr. Dem Flughafenbau wird eine strategisch wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zugeschrieben. Die Regierung ignorierte bisher berechtigte Einwände gegen die Abholzung der Bäume und die Umweltzerstörung. Der SC hat beide Parteien zu weiteren Gesprächen aufgerufen.

Verhaftung nach Tod in der Menstruationshütte

In Achham wurde nach dem Tod einer jungen Frau, die anlässlich ihrer Menstruation aus dem Haus verbannt worden war, erstmals ein Täter verhaftet. In Nepal ist die Frauen diskriminierende Praxis (Nepali: *Chhaupadi*) seit August 2017 verboten. Verhaftet wurde der Schwager der Verstorbenen, weil er sie zum Verlassen des Hauses gezwungen haben soll. Die Verstorbene war Anfang Dezember in einer engen, zugigen und dunklen Menstruationshütte (Nepali: *Chhaugoth*) tot aufgefunden worden. Trotz Kampagnen zur Beendigung der *Chhaupadi*-Praxis werden viele Frauen insbesondere im Westen Nepals immer noch dazu gezwungen. Der Oberste Gerichtshof

(SC) hatte schon im Mai 2005 ein Verbot des *Chhaupadi* angeordnet und die Regierung aufgefordert, diese Praxis zu kriminalisieren. Es dauerte über ein Jahrzehnt, bis die Regierung das Gesetz verabschiedete. Seit Inkrafttreten im August 2018 wird jeder, der eine Frau zwingt in Menstruationshütten zu leben, mit drei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 3000 Rupien bestraft (knapp 24 Euro). Täter in einer öffentlichen Position sollen höher bestraft werden. Die Polizei untersucht nun, ob die Verstorbene von ihrem Schwager gezwungen wurde, in dem Verschlag zu leben, der etwa 100 Meter von ihrem Haus entfernt liegt. Zur gleichen Zeit begann in Nepal eine landesweite, 16-tägige Kampagne gegen geschlechtsspezifische Gewalt.

Wahlreform für freie und faire Wahlen

Seit der Verkündung der neuen Verfassung 2015 hat Nepal eine Reihe von Wahlen für alle drei Regierungsebenen – national, Provinzen und lokal – durchgeführt. Nepal folgt einem gemischten Modell des Wahlsystems, das nicht nur dem Prinzip der Mehrheitswahl folgt, sondern die Wahl von Personen, nicht von Parteilisten, fördern soll. In Bezug auf die Wahlgesetzgebung verfügt Nepal derzeit über elf verschiedene Gesetze, 29 Erlasse und über 80 Richtlinien. Diese Vielzahl an Bestimmungen hat dazu geführt, dass der Wahlprozess schwierig, mühsam und verwirrend ausfällt und die Durchführung freier, fairer und unabhängiger Wahlen oft behindert. Ebenso haben der politische Einfluss bei der Ernennung der Wahlkommissare und die Finanzkontrolle durch die Exekutive dazu geführt, dass die Wahlkommission Nepals (ECN) nicht so autonom ist, wie es die Verfassung vorsieht. Eine Reform steht also an, wengleich die Wahlen im Jahr 2017 zu stabilen Regierungen im Zentrum, in den Provinzen und auf lokaler Ebene geführt haben. Regierung, Wahlkommission, Parlament und Zivilgesellschaft sind sich einig, dass die Zahl der Gesetze reduziert werden muss, um den Wahlvorgang besser zu verwalten, einfacher zu verstehen und frei und fair durchführen zu können. Derzeit ar-

beitet eine Gruppe von zehn Experten an einer Überarbeitung. Der bisherige Entwurf sieht unter anderem eine strengere Durchsetzung des Verhaltenskodex oder strikte Bestimmungen zur Transparenz bei der Wahlfinanzierung vor, indem etwa Transaktionen über Banken obligatorisch werden. Ebenso sollen zukünftig alle Wähler/-innen, die am Wahltag 18 Jahre alt werden, in die Wahl einbezogen werden. Die Wahlzentren sollen außerdem geschlechts- und behindertengerecht gestaltet werden.

Rituelle Tieropfer am Gadhimai-Schrein

Anfang Dezember fanden erneut die umstrittenen rituellen Tieropfer am Gadhimai-Schrein in der Baras Mahagadhimai-Gemeinde statt. Das zweitägige Ritual begann mit der Opferung von fünf Tieren im Auftrag von Gläubigen (genannt *Panchabali*) durch eine Gruppe von Oberpriestern am Schrein von Bramasthan in der Nähe des Tempels in Bariyarpur. Gemäß Beschluss des Obersten Gerichtshofs hatte das Innenministerium keine Erlaubnis für das blutige Ritual erteilt, was aber unbeachtet blieb. Im Gegenteil: „Letztes Jahr wurden rund 5000 Büffel geopfert. In diesem Jahr könnte die Zahl auf 10.000 steigen“, hatte der Vorsitzende des Tempelkomitees, Moti Kushwaha, erklärt und hinzugefügt, dass auch die gleiche Anzahl von Vögeln und Ziegen als Opfer angeboten würde. Fotojournalisten, die die Opferstätte aufgesucht hatten, war der Zugang in den Tempel allerdings verweigert worden. Dies wird als Versuch interpretiert, den Protest von Tierrechtsgruppen einzudämmen, die sich für die Abschaffung dieses grausamen Rituals einsetzen.

Staatliche Hilfen für öffentliche Schulen unzureichend

Hunderte öffentlicher Schulen, die nach den Erdbeben vor vier Jahren nur provisorischen Unterricht anbieten können, müssen weitere Jahre warten, bis sie wieder in zweckmäßigen Schulgebäuden Unterricht erteilen können. Die Regierung hat das notwendige Budget für den Wiederaufbau erdbebengeschädigter Schulgebäude nicht bereitgestellt. Veranschlagt waren elf Milliarden Rupien (etwa 87,45 Millionen Euro), um 1806 öffentliche

Schulgebäude im laufenden Geschäftsjahr zu sanieren. Das Finanzministerium teilte 9,23 Milliarden Rupien zu (73,4 Millionen Euro), davon 8 Milliarden Rupien an Darlehen, bereitgestellt von der indischen Regierung über die Exim-Bank. Die Anforderungen an die Kreditvergabe sind allerdings so kompliziert, dass sie beim Bau von Schulgebäuden kaum erfüllt werden können. So muss sichergestellt werden, dass 70 Prozent der für den Bau verwendeten Materialien aus Indien stammen und die Auftragsvergabe nur an indische Baufirmen erfolgt. Im Ergebnis können voraussichtlich also nur 1,23 Milliarden Rupien (knapp zehn Millionen Euro) eingesetzt werden. Zwölf Prozent von dem, was veranschlagt wurde. Von der Ankündigung im Jahr 2016, den Wiederaufbau aller beschädigten Schulen bis 2020 abzuschließen, ist die Wirklichkeit weit entfernt. Eltern sehen darin ein Beispiel für die schiere Inkompetenz der Regierung, nachdem mehr als vier Jahre seit der Katastrophe vergangen sind. Die nationale Behörde für Wiederaufbau hatte 2016 einen Wiederaufbauplan erarbeitet und geschätzt, dass 180 Milliarden Rupien (1,4 Milliarden Euro) für den Bau der vom Erdbeben zerstörten akademischen Institutionen benötigt werden und 167 Milliarden Rupien (1,3 Milliarden Euro) für den Wiederaufbau von Schulen und Klassenzimmern.

Internationale Kritik an der Übergangsjustiz

Die internationale Gemeinschaft zeigt sich über die Verzögerungen bei den Maßnahmen der Übergangsjustiz zunehmend besorgt, etwa die der Umsetzung internationaler Verträge und Standards. Im November veröffentlichten die Internationale Juristenkommission (ICJ), Amnesty International, *Human Rights Watch* und *TRIAL International* eine gemeinsame Erklärung, dass Nepal in Sachen Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen keine wirklichen Fortschritte erzielt hat. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) sowie die Untersuchungskommission für verschwundene Personen (CIEDP) seien zwar eingerichtet worden, um Gräueltaten aus der Konfliktzeit aufzuarbeiten. Ihre Arbeit sei jedoch unwirksam, Straflosigkeit und verweigerter Opferrechte seien nach wie vor weit

verbreitet. Die nepalischen Akteure ließen nur unzureichende Bemühungen erkennen. Die politischen Parteien versuchten stattdessen, die Schlüsselpositionen in den Gremien der Übergangsjustiz mit politisch genehmen, eigenen Leuten zu besetzen. Die Erklärung verweist auf das internationale Strafrecht, wonach ein(e) Bürger/-in, der oder die einer schweren Menschenrechtsverletzung verdächtigt wird, entsprechend der universellen Gerichtsbarkeit in anderen Ländern verhaftet und einer strafrechtlichen Untersuchung unterzogen werden kann.

Disziplinarmaßnahmen gegen 258 Regierungsmitarbeiter/-innen

Die nationale Aufsichtsbehörde (*National Vigilance Centre*, NVC) hat Regierungsstellen und Gemeinden in Kathmandu angewiesen, Disziplinarmaßnahmen gegen 258 Mitarbeiter/-innen wegen Abwesenheit sowie Verletzung der Kleiderordnung einzuleiten. Gemäß § 55 Abs. A des Beamtengesetzes können Beamtinnen und Beamte verwarnt werden oder müssen mit einem Aktenvermerk in der Personalakte rechnen, wenn sie unpünktlich, nachlässig oder unentschuldig abwesend sind. Zwischen dem 17. und 22. November führte die NVC überraschende Inspektionen in Kathmandu durch und fand 150 Beamtinnen und Beamte und andere Mitarbeiter/-innen während der Dienstzeit ohne Erlaubnis abwesend, 108 verstießen gegen die Vorschriften zur Dienstkleidung.

Buddha Air stellt Flüge nach Kalkutta ein

Nur sechs Monate nach Aufnahme der Direktflüge von Kathmandu nach Kalkutta hat *Buddha Air* angekündigt, dass sie diese Flüge ab dem 1. Dezember einstellt. Diese Ankündigung bedeutet das faktische Ende der ehrgeizigen Pläne der größten nepalischen Fluggesellschaft. Sie hatte in den internationalen Langstreckenmarkt einsteigen wollen und sich den Termin bis August 2020 gesetzt. Laut Fluggesellschaft hat sie allerdings auf der Strecke Kalkutta-Kathmandu Verluste in Höhe von 100 Millionen Rupien (795.000 Euro) erlitten. Die vor 22 Jahren gegründete Fluggesellschaft plant nun, sich auf Verbindungen in die Provinzen zu konzentrieren und Kurzstreckenflüge in abgelegene Bergdestinationen

anzubieten. Die Fluggesellschaft beklagte auch die mangelnde Förderung durch die Regierung, zumal die Treibstoffpreise am *Tribhuvan International Airport* in Kathmandu zu den höchsten der Welt zählen. Ein ehemaliger Generaldirektor der Zivilluftfahrtbehörde Nepals nannte es ein offenes Geheimnis, dass es für einheimische Betreiber ohne die Unterstützung der Regierung schwierig ist, ihr Angebot auf internationale Strecken auszudehnen. *Buddha Air* besitzt die größte Flotte in Nepal mit 13 Flugzeugen, die meisten davon zweimotorige Turboprops.

Nepal gegen Zwangsarbeit, Menschenhandel und Kinderarbeit

Nepal hat seine Zusage bekräftigt, Zwangsarbeit, Menschenhandel und Kinderarbeit im Einklang mit den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) auszumerzen. Am Eröffnungstag einer dreitägigen Asien-Regionalkonferenz der *Allianz 8,7*¹ bekräftigte die nepalische Regierung in Person des Ministers für Arbeit, Beschäftigung und soziale Sicherheit, Gokarna Bista, ihre entsprechende Zusage. „In Nepal erkennen wir diese Verbrechen als Verbrechen gegen den Staat an“, fügte Bista hinzu. Zwangsarbeit, Menschenhandel und Kinderarbeit gelten als die größten Herausforderungen bei der Gewährleistung der Menschenrechte weltweit. Laut der vom Zentralamt für Statistik im April vorgestellten nationalen Arbeitskräfteerhebung für die Jahre 2017-18 befanden sich in Nepal 31.338 Personen in Zwangsarbeitsverhältnissen. Laut einer Umfrage sind bei den Zwangsarbeiter(inne)n 56 Prozent männlich, 17 Prozent Kinder. Die Umfrage ergab außerdem, dass in Nepal von den rund sieben Millionen Kindern im Alter zwischen 5 und 17 Jahren rund 286.000 gegen Entgelt arbeiten. Die *Allianz 8,7* hingegen schätzt, dass in Nepal 1,6 Millionen Kinder im Alter von 5 bis 17 Jahren Kinderarbeit verrichten. Davon werden schätzungsweise 621.000 Kinder bei gefährlichen Arbeiten eingesetzt. An der Konferenz nahmen Sozialpartner, Regierungsvertreter und Mitglieder von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen aus 15 Ländern teil.

¹ Der Name bezieht sich auf das SDG-Ziel 8,7, Anm. der Red.

Ladenbesitzer blockieren Verkehr

Nachdem sie jahrelang mit Staub und Rauch belastet waren, ließen Händler aus dem Raum Chabahil ihre Rollläden herunter und stoppten die Fahrzeuge entlang des Straßenabschnitts Chabahil-Bouddha. Sie protestierten gegen die übermäßige Verzögerung beim Teeren des Straßenabschnitts. Sie hatten Informationen erhalten, dass der Straßenabschnitt nicht wie angekündigt befestigt und geteert würde. Die Anwohner/-innen und Händler von Chabahil bis Bouddha kämpfen seit über vier Jahren mit Staub und Rauch. Regierung und politische Führer hatten der beauftragten Baufirma ein Ultimatum gestellt, den Bau rechtzeitig abzuschließen. Danach nahmen die Arbeiten tatsächlich Fahrt auf, und die Baufirma setzte sich den Termin 2. Dezember, um die Arbeiten abzuschließen. Allerdings wiesen die Behörden den Bauunternehmer aus Kostengründen an, nur das acht Meter breite, mittlere Teilstück der Straße zu asphaltieren und die jeweils fünf Meter langen Ränder auf beiden Seiten der Straße unbefestigt zu lassen. Diese Entscheidung machte die Hoffnungen der Anwohner/-innen auf staubfreiere Luft zunichte. Sie reagierten entsprechend wütend. Die Behörden ihrerseits begründen die Beschränkung damit, dass in den nicht-asphaltierten Teilstücken Wasserrohre neu verlegt werden sollen.

Mittelabfluss in Karnali stockt

Die Regierung der Provinz Karnali hat in den ersten drei Monaten des Haushaltsjahrs nur einen Bruchteil des Haushaltsbudgets investiert. Von eingeplanten 34,35 Milliarden Rupien (273 Millionen Euro) wurden bis Mitte Oktober nur rund 366,2 Millionen Rupien (2,9 Millionen Euro) ausgegeben, 1,09 Prozent des Gesamtbudgets. Die Minderausgaben betreffen mehrere Ausgabenposten, etwa die Rubrik Laufende Ausgaben oder das Entwicklungsbudget. Oppositionsführer Jeevan Bahadur Shahi vom nepalischen Kongress zeigte sich nicht überrascht: „Wie kann eine Regierung, die sich bei der Haushaltsvorlage um drei Monate verspätet, den Haushalt rechtzeitig umsetzen?“ Die Provinzregierung ihrerseits nannte den Mangel an Fachleuten als Grund für das schlechte Ausgabenzenario. Sie zeigte

sich zuversichtlich, dass in den verbleibenden Quartalen die Ausgaben ein gewohntes Volumen erreichen.

Führender maoistischer Politiker in Untersuchungshaft

Anfang November wurde der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses und Minister, Krishna Bahadur Mahara, vom Bezirksgericht Kathmandu wegen versuchter Vergewaltigung einer Mitarbeiterin im Parlamentssekretariat verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Der vorsitzende Richter am Bezirksgericht, Sudarshan Raj Pandey, fußte seine Entscheidung auf die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft (DAO) hat für Mahara gemäß Zivilstrafrecht und Strafgesetzbuch bis zu sieben Jahre und sechs Monate Gefängnis beantragt. Mahara muss allerdings bei einer Verurteilung mit bis zu fünf Jahren Gefängnis für versuchte Vergewaltigung (Abschnitte 219 und 34 des Strafgesetzbuchs) und weiteren zwei Jahren und sechs Monaten nach Abschnitt 15 des Strafgesetzbuchs für das Begehen einer Straftat während der Ausübung eines öffentlichen Amtes rechnen. Er kann nach der Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht gegen Kautionsentlassung entlassen werden. Dies gilt für alle Personen, denen eine Anklage im Strafrecht droht, die sie für mehr als drei Jahre ins Gefängnis bringen könnte. Mahara muss also bis zum endgültigen Urteil die Zeit im Gefängnis verbüßen. Es ist dies das erste Mal, dass ein Politiker von Maharas politischem Gewicht wegen einer Straftat ins Gefängnis verbracht wird. Als hochrangiger Politiker war zuvor nur der ehemalige Minister des nepalischen Kongresses, Jaya Prakash Gupta, ins Gefängnis gewandert. Der Oberste Gerichtshof hatte ihn wegen Korruption verurteilt. Mahara trat auf Anweisung der regierenden Kommunistischen Partei Nepals (NCP) am 1. Oktober, drei Tage nach dem Vorfall, vom Posten des Sprechers zurück. Seinen Sitz als Abgeordneter kann er einstweilen behalten, bis das Gericht ein endgültiges Urteil fällt. Mahara erhält hochkarätigen juristischen Beistand für seine Verteidigung, darunter der ehemalige Generalstaatsanwalt Raman Shrestha und der ehemalige Leiter der *Nepal Bar Association* (NBA) Sher Bahadur KC.